

Bei einem solchen Gesetz geht es um die Frage, ob man ausreichend zwischen den einzelnen Argumenten abgewogen hat.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Das haben Sie nicht!)

Es stimmt auch nicht, wenn Sie hier vortragen, wir hätten die meisten Wünsche und Anregungen der Kirchen nicht berücksichtigt. Die meisten haben wir sehr wohl aufgenommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Da auch unter Christen, Frau Steffens, die Meinungen zu Detailfragen beim Ladenöffnungsgesetz unterschiedlich sein können, stehen wir zu diesem unserem Gesetz,

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Ideologin!)

das wir jetzt zur Abstimmung stellen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Thoben. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen damit zur Abstimmung, und zwar erstens über den Gesetzentwurf der Landesregierung. Da eine Rücküberweisung nach der zweiten Lesung nicht stattgefunden hat, ist die Grundlage die **Beschlussempfehlung** des federführenden Ausschusses zur zweiten Lesung. Der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie empfiehlt in **Drucksache 14/2878 – Neudruck –**, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer ist für die Annahme dieser Beschlussempfehlung? – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. – Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Enthaltungen!)

– Enthaltungen? – Keine erkennbar.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Hätte ja sein können!)

– Danke schön für den Hinweis. – Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der Gesetzentwurf Drucksache 14/2478 in dritter Lesung verabschiedet.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/2924**. Ich bitte um entsprechende Handzeichen. Wer ist für den Entschließungsantrag? –

Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. – Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der Entschließungsantrag **abgelehnt**.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt

4 Gesetz zur Änderung des Haushaltsstrukturgesetzes 2006 und über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 (Nachtragshaushaltsgesetz 2006)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2840

erste Lesung

Ich eröffne hiermit die Beratung und erteile für die Landesregierung Herrn Minister Dr. Linssen das Wort. Bitte schön.

(Erhebliche Unruhe – Eine Reihe von Abgeordneten verlässt den Sitzungssaal.)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, für die weiteren Gespräche entweder den Saal zu verlassen oder es sich in den Sesseln gemütlich und bequem zu machen und im Saal den Ausführungen des Ministers zur Einbringung des Gesetzentwurfs zu lauschen. Ich bitte um Konzentration und Ruhe für den Sprecher am Rednerpult. – Bitte, Herr Minister.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man kann den Exodus hier im Saal auch als Zufriedenheit des Parlamentes mit den vorgelegten Nachtragshaushaltszahlen bezeichnen. Trotzdem möchte ich Ihnen gerne im Zusammenhang vortragen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor Ihnen liegt der Entwurf des Nachtragshaushalts 2006. Bei der Einbringung des ursprünglichen Haushalts im Februar war ich der festen Überzeugung, dass es keinen Nachtrag geben würde,

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Richtig!)

hatten wir doch bei der Kalkulation der ursprünglichen Ansätze größte Sorgfalt walten lassen. Nun gibt es diesen Nachtrag aber doch. Sie können sich vorstellen, dass ich darüber inzwischen alles andere als unglücklich bin.

Nachtragshaushalte, meine Damen und Herren, haben in Nordrhein-Westfalen gewissermaßen Tradition. Meine Vorgänger im Amt brachten sie regelmäßig ein, um recht optimistisch kalkulierte Einnahmen, die dann – oh Wunder! – nicht kamen, durch zusätzliche Schulden zu ersetzen. Diesmal ist das Bild ein völlig anderes.

Wir erwarten gegenüber dem ursprünglichen Ansatz 1,2 Milliarden € Steuermehreinnahmen. Gleichzeitig können wir den Ansatz für den Länderfinanzausgleich um 280 Millionen € reduzieren. Zusammen ergibt das Haushaltsverbesserungen in Höhe von 1,48 Milliarden €. Diesen Haushaltsverbesserungen stehen zwangsläufige Mehrausgaben aufgrund rechtlicher Verpflichtungen in Höhe von knapp 120 Millionen € gegenüber.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Landesregierung hält an ihrem Kurs der strikten Haushaltskonsolidierung fest.

(Beifall von Horst Engel [FDP])

Die haushaltspolitische Leitlinie, an der sich der Nachtrag orientiert, ist daher folgende:

Erstens. Die Steuermehreinnahmen und die Minderausgaben beim Länderfinanzausgleich werden vollständig zur Absenkung der Nettoneuverschuldung eingesetzt.

Zweitens. Die zwangsläufigen Mehrausgaben werden in vollem Umfang durch Minderausgaben beziehungsweise durch nicht steuerliche Mehreinnahmen gedeckt.

Die im Haushaltjahr 2006 zu erwartenden Steuereinnahmen werden von bisher 35,245 Milliarden € um 1,2 Milliarden € auf nunmehr 36,445 Milliarden € erhöht. Dazu haben wir uns entschlossen, weil die Ist-Einnahmen der Monate Januar bis September 2006 um 1,713 Milliarden € höher waren als das entsprechende Vorjahresergebnis.

Eingeplant waren im Haushalt 2006 insgesamt Steuermehreinnahmen von gut 544 Millionen € im Vergleich zu 2005. Das heißt, im Haushaltsvollzug bis einschließlich September haben wir rund 1,2 Milliarden € mehr vereinnahmt, als wir für das gesamte Jahr geplant hatten.

Ob und in welchem Umfang auch in den letzten drei Monaten dieses Jahres noch Mehreinnahmen anfallen, ist zurzeit noch nicht sicher einzuschätzen. Da aber Mindereinnahmen im Vergleich zum letzten Vorjahresquartal unwahrscheinlich sind, haben wir unterstellt, dass die Steuereinnahmen der noch ausstehenden Monate zumindest denen des Vorjahres entsprechen. Demzufolge haben

wir den Steueransatz im Nachtrag um 1,2 Milliarden € erhöht.

Den Ansatz für den Länderfinanzausgleich – das hatte ich bereits erwähnt – haben wir im Nachtragshaushalt um 280 Millionen € abgesenkt. Dabei sind die bislang vorliegenden Abrechnungen und die bis zum Ende des Haushaltsjahres 2006 voraussichtlich noch zu leistenden Zahlungen berücksichtigt.

Insgesamt ergeben sich damit Haushaltsverbesserungen in Höhe von 1,48 Milliarden €, die wir in vollem Umfang für die Absenkung der Neuverschuldung verwenden.

(Beifall von Volkmar Klein [CDU])

Dadurch sinkt die Nettoneuverschuldung von gut 5,6 Milliarden € auf 4,108 Milliarden €.

(Beifall von Volkmar Klein [CDU])

Durch die konsequente Umsetzung unserer haushaltspolitischen Leitlinie gelingt es uns in 2006, einen Primärüberschuss zu erzielen. Das heißt, die Neuverschuldung ist in diesem Jahr erstmals seit Langem wieder geringer als die Zinsausgaben in Höhe von knapp 4,7 Milliarden €. Im Hinblick auf die weiterhin angespannte Lage der Landesfinanzen ist dies sicherlich kein Grund zu allzu großer Euphorie. Der positive Primärsaldo zeigt aber, dass wir uns auf dem richtigen Weg befinden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Veranschlagung in Höhe von 1,48 Milliarden € Haushaltsverbesserungen dient übrigens neben der höchst erfreulichen Absenkung der Nettoneuverschuldung auch der Haushaltswahrheit und -klarheit. Und sie verhindert das Entstehen fortgeltender Kreditermächtigungen, mit denen die Vorgängerregierungen – Sie erinnern sich – so gerne jongliert haben.

Der Nachtrag 2006 enthält aber auch zwangsläufige Mehrausgaben in Höhe von 119,9 Millionen €. Diese Mehrausgaben, auf die das Land keinen Einfluss hat, werden allerdings die Nettoneuverschuldung nicht erhöhen. Sie sind vollständig durch Minderausgaben beziehungsweise nichtsteuerliche Mehreinnahmen gedeckt. Die größeren Positionen möchte ich an dieser Stelle kurz erläutern.

10 Millionen € entfallen auf Mehrausgaben für Auslagen in Rechtssachen. Im ursprünglichen Entwurf hatten wir den Ansatz gegenüber dem Ist 2005 bereits um 5 Millionen € erhöht. In Anbetracht der bisherigen Ausgabeentwicklung ist jedoch von einer weiteren Ausgabensteigerung in

Höhe von 10 Millionen € auszugehen. Dies liegt insbesondere an den Ausgaben für Prozesskostenhilfe und den Auslagen in Insolvenzsachen, wo sich jeweils erhebliche, bei der Haushaltsaufstellung nicht zu erwartende Mehrausgaben ergeben haben.

6,3 Milliarden € machen die Mehrausgaben für Aufwandsentschädigungen und Vergütungen an Vormünder, Pfleger und Betreuer aus. Bei der Haushaltsaufstellung waren wir insbesondere durch das Zweite Betreuungsrechtsänderungsgesetz von Mehrausgaben in Höhe von 5 % gegenüber 2005 ausgegangen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Dass nach derzeitiger Einschätzung mit einer Ausgabensteigerung um 9 % zu rechnen ist, liegt an einer unerwartet hohen Zunahme der Fallzahlen.

7,5 Millionen € Mehrausgaben entstehen im Bereich des Hochschulbafög. Die Zahl der Studierenden ist stärker gestiegen, als es bei der Verabschiedung des Haushaltes abzusehen war. 60 % der Mehrausgaben trägt allerdings der Bund, sodass beim Land netto eine Belastung von 2,625 Millionen € verbleibt.

7,8 Millionen € entfallen auf Aufwendungen nach dem Opferentschädigungsgesetz. Der Ansatz 2006 lag zwar schon um 3 Millionen € über dem Ist 2005. Tatsächlich zeichnen sich jedoch weitere Mehrausgaben in Höhe von 7,8 Millionen € ab. Ausschlaggebend sind vor allem die unerwartet stark steigenden Fallzahlen im Bereich der Fürsorgeleistungen. Insbesondere bei der Jugendhilfe fallen höhere Ausgaben an.

Meine Damen und Herren, den weitaus größten Batzen bei den Mehrausgaben, nämlich 70 Millionen €, machen die Krankenhausinvestitionen aus. Aufgrund des schnelleren Baufortschritts bei bereits bewilligten Projekten sind Zahlungen schneller fällig. Es handelt sich demnach nicht um echte Mehrausgaben. Dem Plus in 2006 stehen in den Jahren 2008 bis 2010 entsprechende Minderausgaben gegenüber. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn wir uns bei Beratungen der Haushalte 2008 ff. daran erinnern würden. Weil sich die Kommunen im Haushaltsjahr 2006 mit 20 % an den förderfähigen Investitionsmaßnahmen beteiligen, erhöhen sich die korrespondierenden Einnahmen um 14 Millionen €.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zuwendungen an die Gemeinden zu den Betriebskosten für Tageseinrichtungen für Kinder mussten wir um 17,9 Millionen € aufstocken. Zum einen erhöhen

nicht vorhersehbare Kostensteigerungen zum Beispiel bei Kaltmieten, Energie und Personal die Abschlagszahlungen des laufenden Jahres. Durch die Endabrechnung der Kommunen in 2006 haben sich zum anderen Nachzahlungsverpflichtungen für frühere Jahre ergeben. Es ist wohl, solange das Kindergartengesetz in der alten Form besteht, jährlich das Gleiche.

Diese zwangsläufigen Mehrausgaben von insgesamt 119,9 Millionen € werden – ich sagte es bereits – durch nicht steuerliche Mehreinnahmen und Minderausgaben vollständig gedeckt. Allein 65 Millionen € bekommen wir von der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder erstattet. Das Land profitiert hier von dem rückwirkenden Inkrafttreten einer Satzungsänderung. 14 Millionen € erhält das Land von den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Zuge der eben genannten Erhöhung der Krankenhausinvestitionen um 70 Millionen €. 13 Millionen € Minderausgaben fallen an, weil nach einer aktuellen Hochrechnung Verstärkungsmittel für Versorgungsausgaben nicht in Anspruch genommen werden müssen.

Die übrigen Minderausgaben beziehungsweise Mehreinnahmen verteilen sich auf diverse Einzelpositionen, die Sie bitte der Gesetzesvorlage entnehmen wollen.

Der Landeshaushalt, meine Damen und Herren, hat sich im Laufe des Jahres erfreulicher entwickelt, als wir das zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung erwarten durften. Wir sind auf unserem Konsolidierungspfad – sicherlich auch begünstigt durch die Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Situation – einen weiteren Schritt vorangekommen.

Das heißt aber nicht – das sage ich an dieser Stelle noch einmal mit aller Deutlichkeit –, dass damit Geld für neue Begehrlichkeiten vorhanden ist. Trotz der Steuermehreinnahmen bleibt die finanzielle Situation des Landes weiterhin angespannt.

Wir sind auch weit davon entfernt, zu sagen: Wir sind über den Berg. Bei einem Schuldenberg von 113 Milliarden € wäre dies geradezu vermessen. Das Land zahlt knapp 4,7 Milliarden € Zinsen jährlich. Mit dem eingebrachten Nachtragshaushalt senken wir zwar die Neuverschuldung um 1,48 Milliarden € und verringern damit den Abstand zur Regelobergrenze der Kreditaufnahme um mehr als 1,5 Milliarden €.

Dennoch übertrifft die Nettoneuverschuldung die eigenfinanzierten Investitionen weiterhin um 776 Millionen €. Es ist uns nach wie vor objektiv

unmöglich, unsere in der Landesverfassung verankerten Aufgaben zu erfüllen und gleichzeitig die Regelobergrenze der Kreditaufnahme einzuhalten.

Durch unseren konsequenten Konsolidierungskurs werden wir dieses Etappenziel mit dem Haushalt 2007 wieder erreichen. Das ist sicherlich erfreulich, aber wir dürfen nicht vergessen, dass damit zunächst nur das Verschuldungstempo gedrosselt wurde. Wir sind immer noch weit davon entfernt, den Landeshaushalt ohne Neuverschuldung ausgleichen zu können, geschweige denn mit der Tilgung der Altschulden zu beginnen.

Ferner wird in den nächsten Jahren – auch bei geringer werdender Nettoneuverschuldung – die Gesamtverschuldung des Landes weiter anwachsen. Es ist fest damit zu rechnen, dass dadurch ebenfalls die Zinsausgaben des Landes weiter steigen werden.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt weitere Herausforderungen: Die Pensionslasten wachsen dramatisch, 2008 gibt es tarifbedingt höhere Personalkostensteigerungen und noch haben wir keine Klarheit über die Kohle-subsidien in den nächsten Jahren.

Diesen Kreislauf müssen wir durchbrechen. Deshalb dürfen wir in unseren Konsolidierungsbemühungen nicht nachlassen. Über zusätzliche Wohltaten brauchen wir uns daher bis auf Weiteres keine Gedanken zu machen.

Es geht, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch nicht um die vom Kollegen Schartau im Haushalts- und Finanzausschuss am 27. April 2006 aufgeworfene Frage – ich darf zitieren –:

„Was hat das arme Kind von heute von einem zukünftig ausgeglichenen Landeshaushalt?“

Davon abgesehen, dass wir bei notwendigen Kürzungen darauf geachtet haben, dass es gerecht und mit Augenmaß zugeht, ist es dringend notwendig, so schnell wie möglich dauerhaft finanzpolitische Handlungsspielräume zurückzugewinnen.

(Lachen von Hannelore Kraft [SPD])

Denn sonst tragen wir in absehbarer Zeit das Geld nur noch als Zinsen für ausufernde Schulden zu den Banken.

(Gisela Walsken [SPD]: Das gucken wir uns gleich noch einmal an!)

Wir wollen nämlich auch in Zukunft weiterhin diejenigen unterstützen, die unsere Hilfe in besonderem Maße benötigen.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Wir müssen die finanzpolitischen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte, vor allem die aus der Demografie erwachsenden Probleme, meistern. Deshalb – das betone ich an dieser Stelle mit allem Nachdruck –: Wir dürfen, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht auf Kosten künftiger Generationen wirtschaften. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Linssen. – Als nächste Rednerin hat nun für die Fraktion der SPD die Kollegin Walsken das Wort.

Gisela Walsken (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Finanzminister Dr. Linssen, natürlich teile ich Ihre Freude darüber, dass die Steuerquellen in unserem Lande wieder sprudeln, weil die rot-grüne Bundesregierung konsequent in ihrem Kampf im Bundesrat gegen die CDU-geführten Länder dafür gesorgt hat, dass die Konsolidierungsbeschlüsse umgesetzt werden. Davon profitieren Sie jetzt. Wir freuen uns trotzdem.

(Beifall von der SPD)

Es passierte aber ohne Ihr Zutun, denn die Steuerquellen in Nordrhein-Westfalen sprudelten schon vor dem Regierungswechsel. Das können Sie nachlesen, meine Damen und Herren. Deshalb, Herr Dr. Linssen, sage ich es einmal so: Schöne fremde Federn allein machen noch keinen stolzen Gockel.

Deshalb möchte ich mich heute gerne dem Teil der Wahrheit widmen, den Sie hier trotz eines Feuerwerks von Zahlen bewusst ausgeklammert haben, einem Teil, den sie verschwiegen haben und der dazu führt, dass Sie, seitdem Sie im Amt sind, Einnahmen für das Parlament systematisch verschweigen.

(Beifall von der SPD)

Damit haben Sie sich – neben dem Wunsch, der ehrliche Kaufmann zu sein – mittlerweile den Ruf des Bilanzfälschers eingehandelt. Ich möchte Ihnen heute klarmachen, warum das auch für das Werk, das Sie gerade hier vorgestellt haben, in besonderem Maße gilt.

Sie haben nämlich bereits, als wir im Haushalts- und Finanzausschuss in diesem Jahr darüber diskutiert haben, was nach der Steuerschätzung im Mai an Einnahmen in den Haushalt soll, zu wenig

angesetzt. Damals hätten Sie die Möglichkeit gehabt – die SPD-Fraktion hat Sie deutlich aufgefordert –, nicht 300 Millionen € zusätzliche Einnahmen, sondern 500 Millionen € Steuermehreinnahmen zu veranschlagen.

Sie haben unsere Ablehnung immer wieder breit kommentiert und haben gesagt: Wir sind unehrlich; wir sind nicht seriös. Die wirklich richtigen Zahlen müssen Sie heute vorlegen und damit dokumentieren, dass wir damals Recht hatten. Aber das ist nicht unser Thema. Viel wichtiger ist, dass Sie die Entwicklungen der Einnahmen in Nordrhein-Westfalen seit Mai systematisch runterreden.

(Beifall von der SPD)

Da will ich gerne, meine Damen und Herren, auch für diejenigen, die uns heute als Gäste begleiten, noch einmal kurz die Zahlen nennen. Schon im Juni hatten wir 1 Milliarde € mehr Steuern im Haushalt als noch im letzten Jahr. Im Juli waren es 1,3 Milliarden €. Ende Juli haben wir wieder gesagt: Herr Finanzminister, Sie müssen etwas tun! Sie müssen dem Parlament einen Haushalt vorlegen! Sie müssen korrigieren, was Sie bereits jetzt angesetzt haben! – Nein, er hat es nicht getan. Im August waren es 1,5 Milliarden €, im September 1,7 Milliarden €, und das in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren!

Wenn wir uns das dann genauer anschauen ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Walsken, gestatten Sie mir, Sie zu unterbrechen? – Der Kollege Kern würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie die zu?

(Hannelore Kraft [SPD]: Das können Sie auch nach Beendigung des Satzes machen!)

Gisela Walsken (SPD): Liebend gerne. – In der Tat wäre es schön gewesen, wenn ich den Satz hätte zu Ende sprechen dürfen. Aber liebend gerne. Ich war gerade dabei aufzuzählen, dass – vielleicht darf ich das noch sagen – im September die Steuereinnahmen auf 1,7 Milliarden € angestiegen waren. – Jetzt ist der Kollege dran.

Walter Kern (CDU): Frau Walsken, Sie haben eben unserem Minister vorgeworfen, dass er Zahlen verschleierte. Erklären Sie mir doch einmal das Niederstwertprinzip!

Gisela Walsken (SPD): Welches Prinzip? Ich verstehe Sie nicht.

Walter Kern (CDU): Das Niederstwertprinzip!

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Herr Kollege, Sie haben gar keine Ahnung!)

Gisela Walsken (SPD): Herr Kollege, Entschuldigung, das war nicht nur ein akustisches Missverständnis. Danke, Herr Kollege Peschkes, für Ihren Zwischenruf. Das war nicht nur ein akustisches Missverständnis. Ich glaube, Sie müssen sich von den Kollegen – Herr Petersen und Herr Klein sind hier – einmal erklären lassen, worum es wirklich geht.

(Beifall von der SPD)

Deshalb: Danke für den Zwischenruf von unserer Seite.

Meine Damen und Herren, ich würde meine Rede gern an der Stelle fortsetzen, an der ich gerade unterbrochen worden bin: Ich habe vor den Sommerferien noch Minister Linssen aufgefordert, einen Nachtragshaushalt vorzulegen, weil klar war, dass die Steuerschätzungen deutlich über dem liegen, was er dem Parlament in den Haushalt hineingeschrieben hat.

Nun haben wir gedacht, das jetzige Werk, dieser Nachtragshaushalt, ist so seriös, dass er wirklich das abbildet, was sich zurzeit auf unserer Einnahmenseite tut. Aber nein, der Minister nimmt nicht das Ergebnis der Steuerschätzung – die Steuerschätzungen werden immer im Mai und im November veröffentlicht –, sondern er legt einen Tag vorher seinen Nachtragshaushalt vor. Und was stellen wir fest? – Es fehlt wieder eine halbe Milliarde Euro zu dem, was die Steuerschätzer festgestellt haben.

(Beifall von der SPD)

Eine halbe Milliarde Euro, meine Damen und Herren! Das, was er selbst dazu im Nachtragshaushalt niedergeschrieben hat, will ich gerne einmal verlesen. Er sagt, er habe die Steuermehreinnahmen vorsichtig veranschlagt und – jetzt wird es wörtlich – werde „die Summe bis zur Vorlage des Nachtragshaushalts an den tatsächlich eingegangenen Steuereinnahmen messen“.

Meine Damen und Herren, das ist unseriös. Das ist Bilanzfälschung. Das werden wir hier nicht durchgehen lassen.

(Beifall von der SPD – Rudolf Henke [CDU]: Das ist Ihre Interpretation!)

– Herr Kollege, das Schöne an der Sache ist: Zahlen sind nicht zu interpretieren. Die können Sie einfach nachschauen.

(Rudolf Henke [CDU]: Sie interpretieren das doch hier!)

Schauen Sie auf die Internetseite des Finanzministeriums. Seit gestern wissen wir das. Das ist das eigentlich Entscheidende. Wir haben seit gestern Klarheit darüber, dass am 31. Oktober diesen Jahres das Land Nordrhein-Westfalen 2 Milliarden € mehr Steuereinnahmen hat.

(Beifall von der SPD)

Gehen Sie auf die Internetseite von Herrn Finanzminister Linssen! Schauen Sie sich die Zahlen an! Das, meine Damen und Herren, ist der eigentliche Skandal.

Jetzt komme ich zu dem, was dahinter steckt. Worum geht es eigentlich? – Da schauen wir uns einmal an, was 2006 hier tatsächlich an Politik gemacht worden ist. Da setzt sich das fort, was wir gestern Morgen in der Aktuellen Stunde gehört haben, nämlich eine Politik, die versucht, die Menschen gegeneinander auszuspielen, Junge gegen Alte, Arbeitslose gegen Arbeitende – das haben wir gestern gehört –, Schwache gegen Starke.

Jetzt schaue ich mir einmal den Haushalt 2006 an, liebe Kolleginnen und Kollegen, und gebe Ihnen nur wenige Beispiele. Da haben Sie die Übungsleiterpauschale um 1,5 Millionen € abgesenkt. Sie haben 2 Milliarden € mehr im Haushalt! Das trifft Tausende von Ehrenamtlichen.

(Beifall von der SPD)

Sie haben bei der Bekämpfung von Aids 308.000 € eingespart. 2 Milliarden € Mehreinnahmen! Sie haben bei der Sicherheit im Straßenverkehr für die Kinder im Jahr des Kindes, das wir immer noch haben, 388.800 € eingespart. Heute wissen wir: Sie haben 2 Milliarden € mehr.

Eines ist mir auch noch wichtig, nämlich die Gesellschaft für Kinderernährung in Dortmund. Wir haben viele Gespräche mit denen geführt.

(Hannelore Kraft [SPD]: DONALD!)

Die machen eine wertvolle Arbeit. Die kriegen aber 221.100 € weniger, während diese Landesregierung 2 Milliarden € mehr in den Kassen hat.

(Beifall von der SPD)

Das ist die Politik, die hier gemacht wird. Das ist die Politik, die heißt: Spalten und Verhöhnern.

Links blinken, aber rechts abfahren. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Walsken. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Kollege Volkmar Klein das Wort.

(Harald Schartau [SPD]: Den Dank nicht vergessen!)

Volkmar Klein (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist natürlich jetzt schon ein bisschen schwierig für die Opposition, sich mit diesem Nachtragshaushaltsplan auseinanderzusetzen. Die Freunde des Pathos in diesem Hause würden jetzt vielleicht sagen, dass es auch einen gewissen Paradigmenwechsel gegeben hat. Früher war ein Nachtragshaushalt immer die Stunde der Opposition. Heute ist dieser Nachtragshaushalt offensichtlich die Stunde der Regierung.

(Beifall von der CDU – Hans-Willi Körfges [SPD]: Der eine sagt so, der andere sagt so, Herr Kollege!)

Früher war die Vorlage eines Nachtragshaushalts für die Landesregierung immer auch verbunden mit der peinlichen Pflicht einzugestehen, selber gescheitert zu sein, Kürzungen nachträglich vornehmen zu müssen und für Schuldenexplosion zu stehen, letztendlich die Rache für überhöhte Steuereinnahmeerwartungen, die man ursprünglich in den Haushalt eingestellt hatte. Ein Nachtragshaushalt, meine Damen und Herren, war immer ein Dokument des finanziellen Niedergangs dieses Landes.

Heute ist der Nachtragshaushaltsplan offensichtlich ein Dokument der Konsolidierung. Das ist ein ganz großer qualitativer Unterschied. Wir können Ihnen gerne einmal so eine schöne kleine Grafik zur Verfügung stellen,

(Der Redner hält eine Grafik hoch.)

die zeigt, wie in den früheren Jahren vom Haushalt zum Nachtragshaushaltsplan und vielleicht sogar noch zum zweiten Nachtragshaushaltsplan die Schulden explodiert sind. Immer höhere Kreditaufnahmeermächtigungen mussten in den Nachtragshaushaltsplan eingestellt werden. Das war ein Dokument des finanziellen Niedergangs. Die Folge – darunter leiden wir doch heute alle – sind 112 Milliarden € Schulden bereits am Ende des vergangenen Jahres, mit all den Auswirkun-

gen, mit denen wir uns jetzt herumschlagen müssen.

Das ist jetzt anders. Mit dem Nachtragshaushaltsplan wird erstmals die Nettokreditaufnahmeermächtigung – jedenfalls im Vergleich zu den vergangenen vielen Jahren – deutlich gesenkt.

Vielleicht haben Sie gestern in der „FAZ“ ein Zitat des Präsidenten des Bundesrechnungshofs gelesen. Dieter Engels hat gesagt – so ist es jedenfalls der Zeitung zu entnehmen –:

„Rechnet euch nicht die Steuern schön, weil sonst der Haushalt sofort wieder in die Schieflage kommt.“

Meine Damen und Herren, man könnte sagen, das ist eine prognostische Warnung. Man kann aber auch feststellen, das ist genau der empirische Befund, der die Realität und die Vergangenheit dieses Landes kennzeichnet.

(Carina Gödecke [SPD]: Eine Aussage ist ein empirischer Befund?)

Rechnet euch nicht die Steuern schön, weil sonst der Haushalt sofort wieder in die Schieflage kommt: Wenn wir uns anschauen, wie es in der Vergangenheit in Nordrhein-Westfalen gelaufen ist, stellen wir fest, dass dies genau das Problem ist, das Sie uns hinterlassen haben. Sie haben alles schöngerechnet. Die Haushalte sind in eine Schieflage geraten. Daher hat Dieter Engels mit dieser Aussage im Grunde genommen den empirischen Befund dafür, wie es in der Vergangenheit in Nordrhein-Westfalen gelaufen ist, festgehalten.

Daher ist es für Sie als Opposition ganz in Ordnung, dass Sie sich hier sozusagen noch einmal aus dem Gestrüpp melden. In dem Beitrag der Frau Kollegin Walsken ging es doch nur darum, dieses Gestrüpp zu zelebrieren: mehr Steuereinnahmen, mehr Ausgaben. Aber das ist nicht unsere Politik. Im Übrigen werfen Sie dem Finanzminister vor, Steuerfehlschätzungen vorgenommen zu haben. Natürlich freuen wir uns darüber, dass jetzt mehr Steuern hereinkommen, als der Finanzminister vorsichtig geschätzt hat.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Damit habe ich nicht gerechnet! – Zuruf von den GRÜNEN)

Aber wenn wir einmal nur die Differenz zwischen der Steuereinnahmeerwartung im ersten Haushaltsplan und dem, was dann tatsächlich hereinkommt, betrachten, müssen wir leider feststellen, dass die Vergangenheit nicht nur unter einem anderen Vorzeichen stand, sondern dass auch die Dimension eine andere war.

Der Finanzminister hat sich 2002 bei den Steuern um 1,7 Milliarden € verschätzt. Aber leider hat er sie zu hoch eingeschätzt. 2003 hat er die Steuern um 3,66 Milliarden € zu hoch eingeschätzt. Im Jahr 2004 hat er sie um 1,45 Milliarden € zu hoch eingeschätzt. Eine solch hohe Zahl kann ich Ihnen auch für 2005 nicht ersparen: 2005 hat der Finanzminister die Steuereinnahmeerwartungen um 3,05 Milliarden € zu hoch eingeschätzt. Das ist das Problem, unter dem wir heute noch leiden. Freuen Sie sich mit darüber, dass heute nicht nur besser, sondern auch vorsichtig geschätzt wird – damit wir für das Land auf der sicheren Seite bleiben.

(Carina Gödecke [SPD]: Du meine Güte! – Hans-Willi Körfges [SPD]: Heiteres Milliardenraten!)

Ich habe gehört, mit welcher arroganten Bemerkungen eben der Zwischenruf des Kollegen Kern

(Gisela Walsken [SPD]: Das war knalle!)

beantwortet werden sollte. Das entlarvt Ihre Denkweise, denn das vom Kollegen Kern angesprochene Niederstwertprinzip ist genau eines der Prinzipien, die für den vorsichtigen Kaufmann stehen.

(Beifall von der CDU – Hans-Willi Körfges [SPD]: Da ist er wieder!)

Dass Sie das jetzt so verhöhnen, macht doch deutlich, welches Geistes Kind Sie sind.

(Beifall von der CDU)

Ich sage nur, es ist gut, dass der Finanzminister vorsichtig schätzt. Es wäre doch aus Ihrer Sicht nur kritikwürdig – Frau Kollegin Walsken, Sie haben das mit Ihrem weiteren Beitrag untermauert –, uns vorzuhalten, wir hätten die Steuern eventuell zu vorsichtig eingeschätzt.

Zu vorsichtig eingeschätzte Steuern – das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Aber dieser Vorwurf ist doch nur dann stichhaltig, wenn man sagt, das habe die Meinungsbildung und die Willensbildung dieses Parlaments beeinflusst und dass mehr Geld für andere Zwecke ausgegeben worden wäre, wenn die Steuereinnahmeerwartung höher gewesen wäre. Genau das haben sie dann auch vorgeschlagen.

Aber genau das ist eben nicht unsere Position. Wir haben von Anfang an gesagt, dass wir uns, wenn nach der vorsichtigen Steuereinnahmeerwartung die tatsächlich eingehenden Beträge höher sind, darüber freuen – hoffentlich gemeinsam – und mit

dem gesamten Betrag die Nettokreditaufnahme reduzieren.

Damit komme ich zu den beiden Punkten, die ich für die eindeutige Untermauerung der Aussage halte, bei diesem Nachtragshaushaltsplan handle es sich eigentlich um ein Dokument der Konsolidierung. 1.480 Millionen € weniger Schulden werden aufgenommen, weil wir die kompletten Steuermehreinnahmen und die kompletten Einsparungen im Länderfinanzausgleich wirklich dazu nutzen, die Kreditaufnahme zu reduzieren. Das ist nichts, was nur haushaltstechnisch ein Erfolg ist.

Natürlich ist es schön, wenn sich der Finanzminister an einer solchen Stelle richtigerweise durchsetzt. Das ist aber viel mehr als nur Finanzpolitik. Es ist im Interesse künftiger Generationen geboten. Deswegen ist es ethisch richtig, einzusparen und weniger Lasten an spätere Generationen weiterzugeben.

(Beifall von der CDU)

Ihnen fällt das offensichtlich schwer. Sie wollen lieber darüber nachdenken, wo mehr Geld ausgegeben werden kann. Aber ich wiederhole: Wenn es wirklich dazu kommt, dass die Steuerquellen noch mehr sprudeln, als es jetzt im Nachtragshaushalt zum Ausdruck kommt, würden wir uns noch einmal darüber freuen und es als selbstverständlich betrachten. So ist mit diesem Nachtragshaushaltsplan verbunden, dass die Nettokreditaufnahmeermächtigung weiter reduziert wird. Das ist ein Dokument der Konsolidierung.

Aber das gilt auch für andere Stellen. Wir müssen ja überall als Aufräumkommando für uns hinterlassene Probleme arbeiten. Es geht zum Beispiel darum, ob es uns jetzt gelingt, den Berg an Versprechungen, die Sie in Bezug auf die Krankenhausfinanzierung abgegeben haben, abzubauen. Sie haben Mittel in einer solchen Höhe zugesagt, dass schon die jährliche Summe höher war als die Barmittel, die eingestellt worden waren. Sie haben das Geld für die nächsten vielen Jahre gebunden. Sie haben Zusagen und Versprechungen im Vertrauen darauf gemacht, dass andere dies später bezahlen müssen.

Natürlich ist das rechtlich bindend. Aber wenn es jetzt gelingt, den Berg Ihrer Versprechungen schneller als ursprünglich geplant abzubauen, nämlich 70 Millionen € an Investitionsmitteln in dieses Jahr vorzuziehen, ist das ein weiterer Beitrag dazu, dass in diesem Landeshaushalt der Konsolidierungsgeist in die Wirklichkeit umgesetzt wird.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Klein, entschuldigen Sie bitte, dass ich Sie unterbreche. Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Gödecke?

Volkmar Klein (CDU): Aber selbstverständlich, gerne.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön, Frau Gödecke.

Carina Gödecke (SPD): Danke schön, Herr Kollege. – Herr Kollege Klein, bei den Haushaltsplanberatungen zum Haushalt 2006, über dessen Nachtrag wir reden, der jetzt eingebracht wird, haben Kolleginnen und Kollegen Ihrer Fraktion und der FDP vor Ort reihenweise erklärt, dass die Kürzungen im GTK-Bereich, im Landesjugendplan, bei der Weiterbildung, in der Frauenpolitik – die Liste könnte ich fast endlos weiterführen – ausschließlich aufgrund der nicht vorhandenen finanziellen Möglichkeiten des Landes Nordrhein-Westfalen in der Fraktion und in der Koalition entschieden worden seien.

Verstehe ich Ihren Redebeitrag richtig, dass das völlig unabhängig von der finanziellen Situation des Landes zu verstehen war, weil es eine politische Entscheidung gab, diese Kürzungen vorzunehmen?

Volkmar Klein (CDU): Liebe Frau Kollegin Gödecke, ich glaube, Sie haben immer noch eine gewisse Realitätsverweigerung.

(Carina Gödecke [SPD]: Ich frage nach Ihren Kollegen!)

Wir freuen uns, dass mehr Steuern eingenommen werden. Trotzdem sind wir noch meilenweit davon entfernt, in einem Land zu leben, das finanziell solide wäre. Wir sind auf dem Weg zu einer Haushaltskonsolidierung und haben mit diesem Nachtragshaushaltsplan eine wichtige Etappe hinter uns gebracht. Trotz dieses Nachtragshaushaltsplans sind wir noch oberhalb der Kreditverfassungsgrenze nach der Landesverfassung.

Wenn Sie jetzt ans Ausgeben denken, negieren Sie nach wie vor – genau wie in den letzten zehn Jahren – die finanzielle Realität in diesem Lande. Das ist eine Schande. Es ist gut, dass jetzt anders als mit diesen Methoden von gestern und vorgestern entschieden wird.

(Lebhafter Widerspruch von Carina Gödecke [SPD])

– Ich habe Ihnen erklärt, dass wir uns im Moment noch nicht in der Situation befinden, Geld verteilen zu können. Wir haben eine gute Etappe erreicht und werden die Einhaltung der Kreditverfassungsgrenze nächstes Jahr möglicherweise erreichen. Wir sind aber noch meilenweit davon entfernt, keine neuen Schulden mehr aufzunehmen. Dieses Ziel müssen und werden wir erreichen. Ich freue mich, wenn wir daran gemeinsam arbeiten können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Klein. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Sagel das Wort.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Rüdiger Sagel^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident Keymis! Ich freue mich, dass Sie das erste Mal präsidieren, wenn ich rede.

(Minister Armin Laschet: Das ist eine Sternstunde!)

– Herr Minister, ich hoffe, dass es eine Sternstunde wird.

Herr Klein, worin der Grund Ihrer Freude liegt, ist nicht so richtig nachzuvollziehen. Sie fragen, was Geistes Kind wir sind. Ich muss diese Frage zurückgeben: Wes Geistes Kind sind Sie denn eigentlich? Festzustellen ist doch, dass auch dieser Nachtragshaushalt nach wie vor verfassungswidrig ist. Das ist die Situation. Dieser Haushalt ist nach wie vor verfassungswidrig!

Sie sparen insgesamt doch nicht ein, sondern Sie sparen nur an den falschen Stellen und geben Geld an anderer Stelle aus. Das ist die Realität, auf die man an dieser Stelle auch einmal hinweisen muss.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Der Sozialabbau in Nordrhein-Westfalen wird nämlich fortgesetzt. Die kleinen Leute werden geschröpft. Leute mit Kindern in NRW werden zur Kasse gebeten. Das ist die soziale Politik von Herrn Rüttgers in Nordrhein-Westfalen. Sie, Herr Linssen, sind sein Vollzugsgehilfe. In Richtung Berlin sozial predigen, hier aber konkret Sozialabbau betreiben – so sieht die Praxis aus. Es ist wirklich eine Frechheit, wenn unter dem Deckmäntelchen vorgeblich sozialer Politik tatsächlich ein schlechtes Schauspiel abgeliefert wird. Immer

mehr Menschen durchschauen aber, was Sie in Nordrhein-Westfalen machen.

Der Nachtragshaushalt 2006 setzt die unsoziale Politik fort, bringt aber keine Korrekturen. Es gibt keine Umschichtungen und keinen sozialen Ausgleich.

Herr Dr. Linssen, natürlich ist es für jeden Finanzminister schön, einen Nachtrag deswegen einzubringen, weil er die Nettoneuverschuldung reduzieren kann. Doch Sie ernten Lorbeeren, die Sie nicht verdient haben. Denn Sie haben keine Ahnung davon gehabt, wie die Steuerschätzung konkret aussehen wird. Noch im Frühjahr dieses Jahres haben Sie steif und fest behauptet: Ich brauche keinen Nachtragshaushalt! – Doch Sie lagen völlig falsch und haben Glück gehabt, dass sich die Steuerschätzer dieses Mal mit Ihren Prognosen – anders als in der Vergangenheit – nicht um 14 % nach oben, sondern zum ersten Mal in der Geschichte der Steuerschätzungen überhaupt nach unten verschätzt haben.

Die fünf Waisen, nicht Sie haben die Steuerschätzung gemacht. Alle Finanzminister beziehen sich immer wieder auf die Prognosen dieser Steuerschätzer. Deswegen haben Sie dieses Mal tatsächlich nur reines Glück gehabt, mehr nicht. Wir werden genau beobachten, wie genau Ihre Prognosen in der Zukunft sind. Ich bin sehr gespannt darauf. Herr Klein, Sie sollten sich hier nicht an dieser Freude weiden. Dazu haben Sie überhaupt keinen Grund.

Sie gehen von Steuererhöhungen in Höhe von 1,2 Milliarden € und einer Minderausgabe im Länderfinanzausgleich in Höhe von 280 Millionen € aus. Gerade aber die Minderausgabe beim Länderfinanzausgleich – Frau Thoben, jetzt sollten Sie vielleicht genau zuhören – ist aber auch ein Indiz dafür, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Ländern in den letzten beiden Jahren weniger Schwung bekommen hat. Angesichts dessen sollten Sie ein sehr ernstes Gesicht machen. Es gibt keinen Grund zur Freude.

Die Reduzierung beträgt fast die Hälfte dessen, was insgesamt in den Länderfinanzausgleich eingezahlt worden ist. Sie haben das Land im Vergleich zu anderen Ländern nicht vorangebracht, sondern Sie sind – seitdem Sie an der Regierung sind – zurückgefallen.

Der Betrag von 1,4 Milliarden € wird vollständig zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung eingesetzt. Diese reduziert sich somit von 5,58 Milliarden € auf 4,1 Milliarden €. Die Investitionen liegen nach den Eckpunkten des Nachtragshaus-

halts bei 3,31 Milliarden €. Die Verfassungsgrenze wird somit um gut 700 Millionen € überschritten. Deswegen ist dieser Haushalt weiterhin verfassungswidrig.

Sie haben uns an Ihrer Seite, wenn Sie das tun, was der Finanzminister jetzt macht, nämlich die zusätzlichen Steuereinnahmen für die Senkung der Verschuldung einzusetzen. Aber das gilt natürlich nicht für den gesamten Haushaltsbereich. Sie haben nämlich im Haushaltsplan die falschen Prioritäten gesetzt.

Wir haben bereits im Frühjahr mit über 130 Änderungsanträgen deutlich gemacht, wie man sehr wohl einen soliden Kurs und gleichzeitig einen sozial gerechten Kurs fahren kann. Genau das aber machen Sie nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

An dieser Stelle will ich aber auch deutlich machen, dass Sie finanzpolitisch nichts Überzeugendes geleistet haben. Mit einer prognostizierten Steuereinnahme von 38,6 Milliarden € für das Jahr 2007 liegt Schwarz-Gelb mittlerweile um mehr als 5,3 Milliarden € über den Einnahmen des Jahres 2001.

Das heißt: Wir haben eine ganz andere Situation bei den Steuereinnahmen gehabt. Sie lag vor einigen Jahren um 5,3 Milliarden € schlechter. Auch in den Jahren darauf war sie deutlich schlechter als in diesem Jahr.

Doch bei den Investitionen, also bei dem, was langfristig für das Land zählt, liegen Sie um eine halbe Milliarde Euro unter dem Stand von 2001. Auch bei den konsumtiven Ausgaben liegen Sie um 5,8 Milliarden € schlechter als Rot-Grün im Jahre 2001.

Selbst gegenüber dem Jahr 2003 haben sich die Einnahmen des Landes um mehr als 5 Milliarden € verbessert. Es ist also nicht der Konsolidierungskurs der Landesregierung, es sind die Steuermehreinnahmen, die Ihnen ein wenig aus der Bredouille helfen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wem wird dieser Erfolg von den führenden Wirtschaftsinstituten zugeschrieben?

(Dr. Jens Petersen [CDU]: Uns!)

– Nein, Ihnen überhaupt nicht. Die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“, die nicht als linkes Organ, sondern eher als konservative Zeitung bekannt ist, schreibt in ihrer vorletzten Ausgabe, dass die Innovationen, die zu diesem Wirtschaftswachstum geführt haben, im Wesentlichen,

und zwar sehr unerwartet, auf den Bereich Umwelt und Umwelttechnologien zurückzuführen sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Da frage ich Sie: Wer ist wohl dafür verantwortlich, dass wir gerade im Bereich Umweltwirtschaft jetzt weltweit führend sind und so hohe Exportraten haben?

(Zuruf von Dr. Jens Petersen [CDU])

Das ist bestimmt nicht der Fall, weil die CDU eine so gute Politik in den letzten Jahren gemacht hat!

Trotz enormer Steuermehreinnahmen sieht der Finanzminister keinen Spielraum für eine bessere Beteiligung der Kommunen an dieser Entwicklung. Nach den Worten des Finanzministers ist das Land in einer deutlich schwierigeren Situation als die Kommunen. Nein, die Regierung versteigt sich sogar dazu, die Kommunen zum Sparschwein des Jahres 2007 zu machen! Darüber werden wir in den nächsten Tagen und Wochen sicherlich noch im Detail beraten.

Statt im Bundesrat noch öffentlichkeitswirksam gegen die Mehrwertsteuererhöhung zu reden und dann die Einnahmen in Höhe von 1,4 Milliarden € im Haushalt einzuplanen, hätte sich Ministerpräsident Rüttgers vehement gegen die Kürzung der Regionalisierungsmittel einsetzen sollen, denn das schadet auch dem Land Nordrhein-Westfalen. Es ist weder nachhaltig noch eine Konsolidierung der Staatsfinanzen, sondern schlicht kommunalfeindlich, wenn das Land auf Kosten der Kommunen 500 Millionen € sparen will.

Geradezu skandalös erscheint uns das Auftreten des Finanzministers im Zusammenhang mit der Unternehmenssteuerreform. Wenn er 700 Millionen € an Mindereinnahmen für das Land verschenkt, und zwar an Unternehmen und an Kapitaleigner, also Vermögende, und das durch die Bevölkerung über die erhöhte Mehrwertsteuer gegenfinanzieren lässt, kann ich nur sagen: Herr Linssen, auch das ist mehr als unsozial! Ich wundere mich über Ihre Politik. Eine Frechheit und Dreistigkeit auf dem Rücken der Eltern und insbesondere auf dem Rücken der Kinder ist es sowieso.

CDU und FDP wollen die Spaltung des Landes. Sie wollen bewusst die Bildungschancen für Kinder aus sozial benachteiligten Bereichen verschlechtern – und das nicht nur beim Stichwort Lehrmittelfreiheit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Anders sind diese politischen Auftritte nicht zu bewerten. Rüttgers macht dumm – CDU und FDP machen arm! Das ist die Realität hier in Nordrhein-Westfalen, seitdem Sie an der Regierung sind.

Strukturschwache Kommunen werden nun noch zusätzlich belastet. Viele Kommunen werden darauf wegen ihrer eigenen finanziellen Situation mit einer Erhöhung der Elternbeiträge reagieren, das heißt, die Eltern werden für die Kindergärten höhere Beiträge zahlen müssen. Träger haben bereits angekündigt, Kindergärten schließen zu müssen.

Von einer Politik vor allem für Kinder und Familien, wie sie die Landesregierung versprochen hatte, kann daher keine Rede sein. Kinder, Jugendliche und Familien sind vielmehr Hauptopfer der Kürzungen.

(Minister Armin Laschet: Stimmt doch gar nicht!)

Sie betreiben also keinen Konsolidierungskurs, sondern einen Kürzungskurs gegen Familien mit Kindern.

(Beifall von den GRÜNEN – Minister Armin Laschet: Stimmt doch gar nicht!)

Das ist die konkrete Politik in diesem Land. Deswegen kann man nur geißeln, was Herr Rüttgers in Richtung Berlin macht. Sie sollten sich hier auf Nordrhein-Westfalen konzentrieren; da haben Sie genug zu tun.

(Minister Armin Laschet: Tun wir doch!)

Auf der anderen Seite gehen Sie nicht an die großen Lobbybereiche heran. Im Gegenteil: Sie machen weiterhin Klientelpolitik.

(Minister Armin Laschet: Kinder! Jugend!)

Die Steinkohle und die Bauern sind die großen Lieblinge von Herrn Rüttgers, seinem Finanzminister und der FDP.

Nach Ansicht der Grünen hätten wir allein im Jahr 2006 rund 226 Millionen € bei den Steinkohlesubventionen einsparen können.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Wie viel?)

Wir hätten auch über 20 Millionen € bei den Landwirtschaftskammern einsparen können. Stattdessen betreiben Sie dort Bürokratieaufbau. Ich wundere mich, dass die FDP das alles so mitmacht. Die selbsternannten Bürokratieabbauer haben überhaupt nichts dagegen, dass die Landwirtschaftskammern massiv gefördert werden.

Und Sie werfen das Geld der Ruhrkohle AG hinterher, obwohl sie Riesengewinne gemacht hat: im letzten Jahr über 3 Milliarden € nach Steuern.

Mehr Geld für die Bauernlobby, Rinder statt Kinder: Das bleibt weiterhin Ihre Devise. Ich kann Ihnen nur sagen: Diese Politik geht völlig an den Interessen der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen vorbei. Sie ist unsozial. Sie ist ungerecht. Sie ist auch nicht solide.

(Beifall von den GRÜNEN und von Anke Brunn [SPD])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Für die Fraktion der FDP hat jetzt Frau Kollegin Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! An der einen oder anderen Stelle war ich schon ein bisschen baff. In der Tat überrascht die sehr selektive Realitätswahrnehmung angesichts von Äußerungen wie „2 Milliarden € mehr“. Liebe Frau Kollegin Walsken, das sind 2 Milliarden €, die wir weniger an Krediten aufnehmen müssen.

(Gisela Walsken [SPD]: Steuermehreinnahmen!)

– Entschuldigen Sie, sie decken aber immer noch nicht die Ausgaben. Es ist doch der Grundfehler der Politik der vergangenen Jahre, dass jedes Jahr mehr Geld ausgegeben wurde, als eingenommen worden ist.

(Beifall von FDP und CDU)

Das ist doch keine seriöse Finanz- und Haushaltspolitik.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Dann machen Sie es doch! – Gisela Walsken [SPD]: Ändern Sie das doch!)

Man kann über Jahrzehnte hinweg ...

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Dann machen Sie es doch!)

Wir haben in der Debatte vor drei oder vier Wochen doch festgestellt, dass es den letzten ausgeglichenen Haushalt im Land Nordrhein-Westfalen im Jahr 1976 gab. Sie haben immer mit konjunkturellen Besonderheiten und Dergleichen argumentiert. Das stimmt aber einfach nicht.

(Gisela Walsken [SPD]: Ihre Politik stimmt nicht, Frau Kollegin! Sie stimmt leider nicht!)

Man muss hier auch einmal feststellen dürfen, dass es einfach nicht seriös ist, jedes Jahr mehr Geld auszugeben, als man einnimmt. Die Ausgaben müssen sich vielmehr an den Einnahmen orientieren.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Dann machen Sie es doch! Ihr Haushalt ist verfassungswidrig!)

Ich bin schon ein bisschen enttäuscht darüber, dass in dieser Hinsicht die Realitätswahrnehmung so sehr selektiv ist. Dabei muss man innerhalb der Opposition auch tatsächlich unterscheiden. Denn von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sind Ansätze für eine Haushaltskonsolidierung gekommen, die man diskutieren kann. Zumindest leugnen sie den Sachverhalt nicht, dass man die Ausgaben auch an den Einnahmen orientieren muss.

Der Kollege Sagel hat hier gerade allerdings einige Äußerungen getätigt, die mich wiederum an seiner Realitätswahrnehmung zweifeln lassen. Denn dass ausgerechnet die FDP von Ihnen als Freund des subventionierten Steinkohlenbergbaus gescholten wird, überrascht mich schon. Wir sind von Ihnen in den letzten Jahren oft genug dafür beschimpft worden,

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

dass wir gegen den subventionierten Steinkohlenbergbau und gegen die immer weiter gehende Fortsetzung dieser Subventionen eingetreten sind. Ich sage das an dieser Stelle noch einmal unmissverständlich: Die FDP steht für den Ausstieg und das Auslaufen des subventionierten Steinkohlenbergbaus. Ich habe nichts gegen den Steinkohlenbergbau; wenn er seinen Markt findet und seine Technologien entwickelt, kann er weiter arbeiten. Nur kann es nicht sein, dass die Solidargemeinschaft der Steuerzahler dafür sämtliche Risiken trägt, und zwar sowohl die wirtschaftlichen Risiken als auch die Risiken der infolge dieser Abbautechnologie entstehenden Bergschäden, Altlasten und alles, was damit zusammenhängt.

(Ralf Witzel [FDP]: Ganz genau!)

Das muss ich an der Stelle klipp und klar sagen.

Wenn Sie dann davon sprechen, wir würden eine kinderfeindliche Politik betreiben, dann darf ich Sie doch darauf hinweisen, welche Investitionen – das ist jetzt natürlich der technische Investitionsbegriff – mit dem Haushalt 2006 in die Bereiche Ausbildung und Bildung unserer Kinder und Jugendlichen geflossen sind.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Rinder statt Kinder!)

Ich würde Sie bitten, dass Sie über diesen Vorwurf noch einmal gründlich nachdenken.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Was ist denn mit der Landwirtschaftskammer?)

Sie haben nämlich in den zehn Jahren, in denen Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam mit der SPD die Regierungsverantwortung getragen haben, zugelassen, dass das Bildungs- und Ausbildungsniveau unserer Kinder und Jugendlichen systematisch von Jahr zu Jahr heruntergegangen ist und wir heute erhebliche Defizite zu beklagen haben.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Sagel zu?

Angela Freimuth (FDP): Danke, im Augenblick nicht.

Ich will nur auf drei Aspekte hinweisen, was den eigentlichen Nachtragshaushalt angeht; denn viele Debatten haben wir ja an anderer Stelle schon geführt.

Mit diesem Nachtragshaushalt ist eine Verbesserung einer immer noch schwierigen Situation zu verzeichnen. Wir haben in der Tat Steuereinnahmen, die höher ausfallen, als sie prognostiziert worden sind und als sie in dem Einnahmetitel des von uns verabschiedeten Haushalts 2006 auch veranschlagt wurden.

Ich sage an dieser Stelle: Mir ist es allemal lieber so herum, als das zu erleben, was wir in den letzten Jahren Ihrer Regierungsverantwortung immer wieder zu verzeichnen hatten. Seinerzeit sind nämlich auch Nachtragshaushalte auf den Tisch dieses Hauses gelegt worden, bei denen allerdings regelmäßig weniger Steuereinnahmen zu verzeichnen waren und mehr Schulden beantragt wurden.

Sie haben dann in voller Kenntnis einer konjunkturell schwierigen Situation Ihr Ausgabeverhalten nicht so angepasst, wie es notwendig gewesen wäre. Das ist sicherlich eine grundsätzliche Problematik unseres gesamten Haushaltsrechts; das will ich gerne eingestehen. Deswegen müssen wir an der Stelle auch darüber nachdenken, Veränderungen vorzunehmen. Wir haben nämlich, was das kamerale System der Ausgaben angeht, keine ausreichende Überwachung im Hinblick auf die Liquiditätsentwicklung.

Wir haben auch viele Problematiken, die sich erst durch nachgelagerte Abrechnungsverfahren – Länderfinanzausgleich, Gemeindefinanzierungsausgleich und diese Dinge – entwickeln und die es oft schwer machen, tatsächlich auf den einzelnen Euro zu beziffern, wie tatsächlich die Einnahmen sind.

Wenn hier vorhin angeführt wurde – die Kollegin Walsken hat darauf hingewiesen –, dass die Einnahmen zum 31.10.2006, wenn ich es richtig notiert habe, um 2 Milliarden € höher sind – ja, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das sind in weiten Teilen Vorauszahlungen,

(Widerspruch von Gisela Walsken [SPD])

von denen wir noch nicht wissen, ob sie hinterher tatsächlich beim Fiskus verbleiben. Wir hatten doch vor einigen Jahren die Problematik in den Haushalten, dass wir aufgrund von Veränderungen auf Bundesebene Millionen Euro an Körperschaftsteuern an Unternehmen zurückerstatten mussten. Das hat sich in unserer Kasse dann mit zeitlicher Verzögerung ausgewirkt.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Eben!)

Das ist alles zugestanden. Aber das ist genau die Systematik, weshalb man an der Stelle nicht – das ist einfach nicht seriös und lauter – von den tatsächlichen Steuereinnahmen zum 31.10. ausgehen kann. Wir müssen damit rechnen, dass es in den verbleibenden Monaten immer noch Risiken gibt und sich aus Abrechnungen noch Probleme ergeben. Deswegen würde ich mich darüber freuen, wenn wir in diesem Hause den Konsens finden würden

(Rüdiger Sagel [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Herr Kollege Sagel, ich sehe das wohl, möchte aber diesen Gedanken zu Ende führen –, die Einnahmen eher zurückhaltend und vorsichtig anzusetzen und uns nachher lieber im positiven Sinne überraschen zu lassen, dass wir weniger Kredite aufnehmen müssen, als wir an Kreditermächtigung haben, oder dass wir dahin kommen – das ist mein Ziel –, überhaupt keine Schulden aufnehmen. Wir sollten uns eben nicht darüber Gedanken machen, wie wir das Geld, wenn wir es haben, unter den Fingern juckend, wieder ausgeben, sondern daran denken, dass wir Schulden abbauen müssen und wollen.

(Beifall von FDP und CDU)

Das halte ich für den wichtigsten Beitrag im Interesse von nachfolgenden Generationen, im Interesse von Generationengerechtigkeit und damit

auch im Hinblick auf eine Politik für unsere Kinder und Jugendlichen.

Ich darf Ihre Aufmerksamkeit noch auf einen weiteren Punkt lenken, die notwendigen Mehrausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen. Wir haben mit dem Nachtragshaushalt 10 Millionen € notwendige Mehrausgaben für die Prozesskostenhilfe zu verzeichnen. Es ist eine Entwicklung, die wir seit vielen Jahren beobachten müssen, dass wir bei der Prozesskostenhilfe weiter steigende Ausgaben haben. Das Gleiche erleben wir bei den Betreuungskosten. Es lassen sich sicherlich auch noch einige andere Bereiche anführen. Aber ich möchte bei der Prozesskostenhilfe für eine Initiative der Landesregierung Nordrhein-Westfalen werben.

Die Gewährung des effektiven Rechtsschutzes auch durch das Instrumentarium der Prozesskostenhilfe ist gerade für uns Liberale unabdingbar. Wir wollen jedermann den gleichen Zugang zu den Gerichten ermöglichen. Aber, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir müssen uns etwas intensiver mit der Frage auseinandersetzen, ob wir die Bedürftigkeitsprüfung gründlicher durchführen und hier auch zu anderen Kriterien kommen sollten. Wir müssen auch darüber nachdenken, ob wir nicht die Möglichkeit schaffen sollten, Ratenzahlungen, die es heute schon gibt, auch länger als 48 Monate laufen zu lassen.

Und wir müssen uns damit auseinandersetzen, ob wir nicht zu einer Veränderung der Mutwilligkeitsprüfung kommen sollten. Dabei sage ich ausdrücklich: Es geht nicht darum, den effektiven Rechtsschutz in irgendeiner Form einzuschränken.

Es gibt noch einen weiteren Punkt, mit dem wir uns intensiver auseinandersetzen müssen, nämlich ob wir dem Antragsteller der Prozesskostenhilfe insbesondere in Fällen des Teilobsiogens nicht zumuten können und müssen, das, was er im Prozess erworben hat, für die Deckung der Prozesskosten einzusetzen. Hier gibt es eine objektive Benachteiligung derjenigen Prozessführenden, die keine Prozesskostenhilfe beziehen, gegenüber den Prozesskostenhilfeempfängern. Hier müssen wir, glaube ich, auch nachjustieren.

Bei allem berechtigten Interesse an den Steuereinnahmen will ich darauf hinweisen, dass wir uns auch mit den Blöcken der permanent anfallenden notwendigen Mehrausgaben, die wir in jedem Nachtragshaushalt zu verzeichnen haben, etwas intensiver auseinandersetzen müssen und auch aus haushalterischer Sicht die Notwendigkeit von

materiellen Veränderungen brauchen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die Landesregierung hat Herr Dr. Linssen noch einmal das Wort. Bitte, Herr Minister.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist hoch interessant, manchmal sogar amüsant, die Debatte zu verfolgen. Ich glaube, das geht vielen Kolleginnen und Kollegen auch so.

Herr Sagel, wenn ich mir die Deckungsvorschläge anschau, die Sie eingebracht haben – Sie haben sich im Frühjahr darauf bezogen, dass Sie 300 zusätzliche Steuerprüfer einstellen und die Kohlesubventionen schneller herunterfahren wollen –, muss ich sagen: Solche Deckungsvorschläge sind einfach nicht seriös und nicht brauchbar. Sie wissen das ganz genau. Ich weiß zwar auch, welche Methoden eine Opposition gebrauchen muss, um vielleicht ein bisschen zurechtzukommen.

(Zuruf von der SPD: Ach was! – Carina Gödecke [SPD]: Alles eigene Erfahrung!)

Aber überlegen Sie einmal, dass Sie diejenigen waren, die in der vorigen Koalition das schröder-sche Modell der Kohlesubventionen bis 2012 festgezurr haben, dass wir die Subventionen jetzt herunterfahren wollen und dass Sie auf einmal, seitdem Sie in der Opposition sind, befinden: Jetzt müssen wir viel schneller aus den Kohlesubventionen heraus und machen einen Deckungsvorschlag. – Herr Sagel, das nimmt Ihnen nun wirklich keiner mehr ab.

Die Zuschauer auf den Tribünen müssen bei Ihren Ausführungen ja kirre werden. Zuerst klagen Sie uns an, dass wir zu viele Schulden machen würden und der Haushalt nicht verfassungsgemäß sei.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das ist so!)

Dann fordern Sie, dass wir möglichst überall Geld ausgeben sollten, weil irgendwo Interessengruppen und auch Bedürftige sagen: Wir könnten eigentlich mehr Geld aus dem Landeshaushalt gebrauchen.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Sie geben das Geld an den falschen Stellen aus!)

Das glaubt Ihnen keiner. Sie waren im Frühjahr auf einem guten Weg, als Sie Ihre Kommission

eingesetzt und gesagt haben: Wir wollen haushalts- und finanzpolitische Kompetenz zurückgewinnen. – Leider haben Sie den Weg um des billigen Populismus willen aufgegeben, hier eine Nummer abzureißen, wie Sie das gerade getan haben.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Was heißt „zurückgewinnen“? – Ralf Witzel [FDP]: Überhaupt erst gewinnen! – Gegenruf von Hans-Willi Körfges [SPD]: Sie dürfen auch im Stehen applaudieren!)

– Die Grünen wollten vielleicht zu der Koalitionsvereinbarung von 1995 zurückkommen, in die sie etwas von nachhaltiger Finanzpolitik hineingeschrieben haben. Wenn Sie das lesen, würden sogar Sie, Herr Papke, sagen: Das ist eigentlich ganz nett. – Nur haben die Grünen inzwischen durch die Praxis bewiesen, dass das alles nur beschriebenes Papier war und mit der Wirklichkeit nichts zu tun hatte.

(Beifall von CDU und FDP)

Als ich mir die Debatte anhörte, kam mir wirklich manchmal der Gedanke, dass der Müntefering Recht hat: Opposition ist Mist. Du kannst dich nicht hinstellen und einfach nur sagen: Das habt ihr gut gemacht. Wir freuen uns mit euch über die Steuermehreinnahmen. Also: Der Nachtragshaushalt ist wirklich eine gute Sache. Wir freuen uns auch, dass ihr offensichtlich aus Minderausgaben die zwangsläufigen Mehrausgaben decken konntet. – Das hätte man eigentlich sagen müssen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Das tun wir doch die ganze Zeit! – Gisela Walsken [SPD]: Das habe ich doch!)

Als Opposition muss man sich eigentlich überlegen: Du solltest in bestimmten Bereichen, in denen du keine Schnitte kriegst, der Regierung ruhig einmal zustimmen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Ich erinnere mich noch ganz deutlich an die Zustimmung von Herrn Diegel!)

Das haben wir früher hin und wieder auch getan; deshalb sind wir heute auch an der Regierung. Man muss nämlich eine bestimmte Kompetenz haben. – Nehmen Sie andere Felder und hauen da richtig drauf – aber nicht so querbeet auch da, wo Sie schlechte Karten haben.

Wissen Sie, Frau Walsken, dafür, dass Sie am Bild des ehrlichen Kaufmanns rummäkeln

(Gisela Walsken [SPD]: Das bröckelt, Herr Kollege!)

und nach Möglichkeit ein Zerrbild zeichnen müssen, habe ich sogar Verständnis; denn wenn sich das in der Bevölkerung durchsetzen sollte, haben Sie es natürlich schwer.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von Gisela Walsken [SPD])

Frau Walsken, wir haben uns nach der Steuerschätzung im Mai darüber gestritten, ob wir 300 Millionen € oder 490 Millionen € mehr etatisieren sollen. Sie waren bei 490 Millionen €, ich als vorsichtiger Kaufmann bei 300 Millionen €.

(Lachen von der SPD – Hans-Willi Körfges [SPD]: Oh Gott!)

Jetzt sind es 1,7 Milliarden € geworden.

(Gisela Walsken [SPD]: Dumm gelaufen! Schauen Sie mal, wie vorsichtig wir waren!)

Soll ich Sie als Bilanzfälscherin bezeichnen, weil Sie nur 490 Millionen € vorgeschlagen haben?

(Beifall von CDU und FDP)

Hören Sie mal, Sie müssen die Gedanken doch noch irgendwie sortieren! Ich müsste Sie konsequent, logisch gedacht, entsprechend Ihrem Vortrag zwangsläufig wegen des Ansatzes von nur 490 Millionen € Steuermehreinnahmen als Bilanzfälscherin darstellen.

(Gisela Walsken [SPD]: Sie machen den Haushalt, nicht ich!)

Das tue ich natürlich nicht, weil ich seriös mit Ihnen umgehen will.

(Gisela Walsken [SPD]: Machen Sie das, wenn Sie es belegen können! – Hans-Willi Körfges [SPD]: Wenn Sie das in gleicher Weise bei sich machen, gehen wir mit!)

Vielleicht – ich gebe die Hoffnung nicht auf – habe ich irgendwann einmal das Gleiche zu erwarten.

Sie haben einen zweiten Vorwurf erhoben. Sie haben gesagt, was ich sage, sei alles unehrlich. Ich würde die Beträge dem Parlament systematisch vorenthalten.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Genau das!)

Liebe Frau Walsken, dieses Parlament hat mit seinen Regierungsfractionen, also der Mehrheit, beschlossen: Jede Steuermehreinnahme geht in die Reduzierung der Nettoneuverschuldung.

(Beifall von der CDU)

Das ist doch nicht am Parlament vorbei geschehen. Das Parlament weiß ganz genau: Ich will nicht mehr Geld ausgeben.

Ich habe aber an der Äußerung von Frau Gödecke erkannt, wie Sie denken. Sie ticken einfach anders als wir. Sie sagen: Es kommen mehr Steuereinnahmen, dann muss ich auch mehr ausgeben. Wofür sind die denn da! – Wir sagen: Nein! Die sind zur Rückführung der Nettoneuverschuldung da, damit wir in diesem Land endlich einmal solide werden. Das ist unser Bestreben.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Walsken, Sie haben weiter vorgetragen, ich hätte einen Tag, bevor die Steuerschätzung gekommen sei, diesen Nachtrag vorgelegt. Natürlich habe ich das nicht getan. Wir kannten die Steuerschätzung, die Ihnen ja inzwischen, wie wir vermuten, auch in ihrer Regionalisierung ein bisschen bekannt ist, weil Ihnen ja auch etwas erzählt wird. Dann müssen Sie, wenn Sie die Zahl kennen und wir 1,15 Milliarden € ansetzen, berücksichtigen – vielleicht darf ich Ihnen das vortragen, ohne als arrogant verschrien zu sein –, dass wir eine Erbschaftsteuerreform vor der Brust haben. Da sind nach dem, was man in der Zeitung lesen kann, insgesamt 500 Millionen € Mindereinnahmen für den Bund zu erwarten. Davon entfallen 20 % auf Nordrhein-Westfalen. Dann können Sie die ersten 100 Millionen € schon mal abschreiben. Man kann aber auch noch von anderen Fällen und von Konjunkturprognosen lesen. Deshalb gehe ich lieber an die untere Schätzungskante als an die obere.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich überlege mir dauernd, weshalb Sie uns verleiten wollen, doch möglichst bis an die oberste Kante zu gehen. Darüber kann man ja einmal nachdenken. Natürlich möchten Sie gerne, dass ich mich hier irgendwann einmal hinstellen und sagen muss: Leider habe ich mich überschätzt. Die Steuereinnahmen haben nicht die Höhe erreicht, die wir erwartet haben. – Was meinen Sie, was dann los ist? Dann hätten Sie einen guten Tag. Aber diesen guten Tag wünsche ich Ihnen nicht, den gönne ich Ihnen nicht. Deshalb bleiben wir bei der vorsichtigen Art, Haushalte aufzustellen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Linssen. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Körfges das Wort. Bitte.

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier gerade den selbst ernannten, sprichwörtlich legendär gewordenen ehrbaren Kaufmann gehört, der versucht hat, der geneigten Öffentlichkeit und dem Parlament seine umsichtige Sicht der Dinge zur Erbauung der Koalitionsfraktionen – man hat ja gesehen, dass man ihnen damit immer wieder eine Freude macht – darzulegen. Eben ist viel von Realität die Rede gewesen. Ich will mich darum bemühen, das alles in einen etwas realeren Zusammenhang, in einen weniger anbetungswürdigen Zusammenhang zu bringen.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann den Eindruck bekommen, als seien die Mehrheitsfraktionen vor lauter Anbetung und Verehrung ihres Finanzministers ein bisschen in Schwierigkeiten beim politischen Koordinatensystem. Der Kollege Klein hat hier eben sehr deutlich dargestellt, was er von unserem Recht – auch von seinem Recht –, vom Haushaltsrecht des Parlamentes im Verhältnis zu dem hält, was der Finanzminister an Einschätzungen und Schätzungen immer wieder von sich gibt. Es geht nicht darum, wen der Herr Finanzminister zum Mitarbeiter des Monats ernennt, sondern darum, dass uns allen klar ist, wer der Haushaltsgesetzgeber in unserem Lande ist. Das sind nämlich wir, das Parlament, und niemand anders.

(Beifall von der SPD)

In diesem Zusammenhang befremdet es schon ganz erheblich, wenn wir zum wiederholten Mal zur Kenntnis nehmen müssen, dass sich der Herr Finanzminister bei der Veranschlagung von Steuereinnahmen ganz erheblich getäuscht hat.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Lassen Sie mich etwas zum Rückblick sagen, der eben vielfach zitiert worden ist. Irgendwann müssen Sie einmal aufhören mit dieser Rückwärtsbezogenheit. Sie haben sich wählen lassen, um die Zukunft des Landes zu gestalten. Von daher ist es immer schwierig, nach hinten zu gucken.

(Beifall von der SPD)

Wir haben uns seinerzeit wie viele andere Bundesländer – den Beweis haben wir im HFA mehrfach angetreten – an die Steuerschätzungen gehalten. Wir wären froh darüber, Herr Finanzminister, wenn Sie heute das Gleiche tun würden.

(Beifall von Gisela Walsken [SPD])

Die Frage nach dem Glück – insofern muss ich dem Kollegen Sagel von Bündnis 90/Die Grünen

leider ein wenig widersprechen – stellt sich aus unserer Sicht bei dieser Täuschung – wer worüber getäuscht wurde, darüber kann man lange diskutieren – nicht. Ich denke eher, man muss die Frage nach der Berechnung stellen. Worin liegt die Absicht? Richtig ist, meine Damen und Herren, dass man nicht überschätzen darf. Das gilt allerdings auch für Finanzminister. Deshalb verlangen wir nicht mehr und nicht weniger als eine realistische Veranschlagung der Steuereinnahmen des Landes, um dem Parlament zum richtigen Zeitpunkt – ich betone: zum richtigen Zeitpunkt! – die Möglichkeit zu geben, seiner Verantwortung als Haushaltsgesetzgeber gerecht zu werden. Aus diesem Grunde haben wir einen Nachtragshaushalt zum richtigen Zeitpunkt verlangt.

Heute beraten wir über einen Nachtragshaushalt in Kenntnis der Tatsache – die Kollegin Walsken hat darauf hingewiesen –, dass die Steuereinnahmen noch wesentlich höher ausfallen werden als veranschlagt. Das erfordert aus unserer Sicht, Herr Finanzminister, eine zeitnahe Ergänzung des Nachtragshaushaltes. Bekanntlich sind nämlich – darüber kann man auch bei sehr vorsichtigen Schätzungen nicht hinweg – die letzten Monate des Jahres die einnahmestärksten im ganzen Jahr.

Ich freue mich darüber, dass die Kollegin Freimuth so viel Spaß am Thema Prozesskostenhilfe hat; ich denke, darüber kann man an der richtigen Stelle auch diskutieren. Das war aber erkennbar der Versuch, am Thema vorbeizudiskutieren, warum Sie nicht zum richtigen Zeitpunkt reagiert haben.

(Beifall von Gisela Walsken [SPD])

Wir wollen uns jedenfalls nicht darauf beschränken lassen, jeweils die vom Finanzminister freundlicherweise eingeräumten Abweichungen von der Realität nach dem Motto „Besser spät als nie“ zur Kenntnis zu nehmen. Das wird unserer Gesamtverantwortung nicht gerecht.

Ich gehe jetzt einmal auf den Zusammenhang zwischen dem Haushalt 2006, dem Nachtragshaushalt und dem Haushalt 2007 ein. Bei der ersten Lesung des Haushaltsentwurfs 2007 hat Herr Dr. Linssen betont – wie eben wieder –, Geld für Begehrlichkeiten habe er nicht zu verteilen. Dazu ein wichtiger Hinweis an die Kolleginnen und Kollegen der Regierungskoalition: Trotz aller Verherrlichung von Einzelpersonen, meine Damen und Herren, den Haushalt beschließt der Landtag. Was zu verteilen ist, das haben wir in gemeinsamer Verantwortung zu verteilen.

Einzelne haben dazu die Meinung und auch die Pflicht, einen Haushaltsplan aufzustellen. Bei gleicher Gelegenheit hat Herr Dr. Linssen ausgeführt, insbesondere den Kommunen sei es zuzumuten, einen weiteren Konsolidierungsbeitrag zu leisten. Meine Damen und Herren, an dieser Stelle funktioniert die Arbeitsteilung in dieser Landesregierung ganz gut: Der Ministerpräsident spielt den Robin Hood – die Aufführung gestern war allerdings nicht so toll –, und der Herr Finanzminister nimmt es gleichzeitig den Bedürftigen.

Ich bin mir sicher, liebe Kolleginnen und Kollegen: Diese Ausführungen, auch bezogen auf die kommunale Situation, wären Herrn Dr. Linssen wesentlich schwerer gefallen, wenn wir bereits damals die absehbaren und von uns immer wieder eingeforderten Zahlen auf den Tisch bekommen hätten.

Ich erinnere zum Beispiel an den Wegfall des Elternbeitragsdefizitausgleichs. Sie zwingen die Kommunen, die sich in Haushaltssicherungskonzepten oder im Nothaushaltsrecht befinden, dazu, die Elternbeiträge zu erhöhen. Das ist weder sozial noch kommunalfreundlich, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Herr Laschet, das ist familienfeindlich! – Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

– Ich freue mich, dass ich das Interesse des Herrn Finanzministers doch ein wenig geweckt habe. Herr Finanzminister, zu jenem Zeitpunkt hätten Sie dem Parlament die Möglichkeit geben müssen, von den damals schon bekannten Zahlen auszugehen. Stattdessen haben Sie über die voraussichtlich eintreffenden Einnahmen, die mit großer Sicherheit prognostiziert waren, ein bisschen hinweggetäuscht. Das entspricht zwar dem Bild eines Kaufmanns, aber eher dem eines listigen Kaufmanns und nicht dem eines ehrlichen Kaufmanns, meine Damen und Herren.

(Beifall von Gisela Walsken [SPD])

Sie haben die Förderung der Weiterbildungsträger dramatisch gekürzt.

Um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, ist für 2007 vorgesehen, die kommunale Beteiligung an der Grunderwerbsteuer in Höhe von 165 Millionen € zu streichen.

Gleichzeitig wird – das ist besonders perfide – von Kolleginnen und Kollegen der Regierungskoalition vor Ort der Eindruck erzeugt, den Kommunen gehe es prinzipiell wesentlich besser, weil mehr Geld zur Verfügung stehe als 2006. Ich verweise dazu auf die Ausführungen der kommunalen Spit-

zenverbände in der Anhörung zum Haushalt 2007. Die haben bei aller Freude darüber, dass auch sie von konjunkturbedingten Mehreinnahmen betroffen sind, darauf hingewiesen, dass gerade keine Verbesserung der kommunalen Finanzsituation eingetreten ist.

Sie unterschlagen in diesem Zusammenhang immer wieder, dass hinsichtlich der Kommunen in den Vorjahren über die Kreditierung ein Sondereffekt von 674 Millionen € eingetreten ist, und rechnen Nettoabrechnung 2006 gegen Nettoabrechnung 2007. Das hat mit Seriosität und ehrbarer Kaufmannschaft nichts zu tun. Das ist Hütchenspielerei.

Meine Damen und Herren, es ist sicherlich die Frage, zu welchem Zeitpunkt man dem Parlament welche Einschätzungen liefert. Wie zwischenzeitlich belegt ist, rechnen Sie das Land systematisch zulasten von Bürgern und Kommunen arm und verkaufen das als Konsolidierungsbeitrag zum Landeshaushalt. Dazu wird der Beifall aus der Regierungskoalition organisiert.

Als rheinischer Katholik habe ich mir sicherlich sehr viel Verständnis für die Verehrung von Wundern bewahrt. Meine Damen und Herren der Regierungskoalition, wenn Sie eine Lichterscheinung würdigen möchten, empfehle ich Ihnen eine Wallfahrt nach Kevelaer, das bekanntlich im Wahlkreis des Herrn Dr. Linssen liegt. Selbst ernannte ehrbare Kaufleute sind aus unserer Sicht eher weniger bewundernswert – insbesondere dann, wenn sie dem Parlament die wundersame Geldvermehrung im Lande Nordrhein-Westfalen nahe bringen wollen. – Ich bedanke mich.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Körfges. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Kollege Dr. Petersen.

Dr. Jens Petersen (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Debatte zum ersten Nachtragshaushalt 2006 ist sicherlich der erfreulichste Tagesordnungspunkt seit Langem. Selbst bei der Opposition, zumindest bei Frau Walsken, bricht da ja Freude aus.

(Gisela Walsken [SPD]: Ich dachte, die erfreulichsten Tagesordnungspunkte seien die Unterrichtungen der Landesregierung!)

Im Übrigen wird der Finanzminister im Haushalts- und Finanzausschuss – Sie sind da ja mit dabei, Herr Körfges – dermaßen häufig von Ihnen gelobt,

dass wir das schon gar nicht mehr machen müssen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Oh! Ich drücke mich normalerweise noch relativ deutlich aus, Herr Kollege!)

Gerade Herr Eiskirch, der heute nicht hier ist, qualifiziert sich da als huldigungspolitischer Sprecher der SPD. Das ist herzlich willkommen. So brauchen wir das nicht mehr zu tun.

Meine Damen und Herren, solides Wirtschaften zahlt sich aus. Wir ernten heute die Erfolge eines neuen finanzpolitischen Stils von CDU und FDP.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Was reden Sie denn?)

Solide Haushaltsführung hat sich an dieser Stelle erneut bestätigt. Einnahmen sind vorsichtig zu schätzen, Herr Sagel. Alle Experten haben uns dazu geraten.

In der Anhörung am 19. Oktober 2006, an der auch Sie teilgenommen haben, ist das Ganze erneut bestätigt worden. Mit Erlaubnis der Präsidentin darf ich Herrn Gebhard vom RWI zitieren, der sich an den Steuerschätzungen beteiligt. Er hat bei dieser Anhörung gesagt:

„Wir haben immer begrüßt, wenn der Haushaltsplanung vorsichtige Ansätze zugrunde gelegt werden ...“

Er sagte weiter:

„Ich begrüße das, weil eine Planung, die vorsichtig ansetzt und nicht auf Kante genäht ist, nur positive Überraschungen erfahren kann.“

(Gisela Walsken [SPD]: Warum zitieren Sie denn nicht den Vertreter der Steuerzahler?)

Herr Boeckhaus vom Bund der Steuerzahler sagt:

„Eine wesentliche Voraussetzung für Haushaltssanierungen sind vorsichtige Annahmen über das Wirtschaftswachstum und die Steuereinnahmen. Das haben wir bei der Anhörung im März gesagt, und wir können nur wiederholen, dass man hier vorsichtig herangehen muss.“

Sie sehen: Die Experten bestätigen das. – Frau Walsken, man darf Experten nicht nur einladen, sondern man muss ihnen auch zuhören. Wir halten uns an diese Ratschläge und sind damit erfolgreich.

Noch eine Anmerkung zu der Steuerschätzung, die eben von Ihnen noch einmal problematisiert wurde. Eine ganze Reihe von Fachleuten empfiehlt, mit diesen Daten sehr vorsichtig umzuge-

hen. Zum Beispiel hat Herr Prof. Seitz hierzu in der „Taz“ vom 2. Februar dieses Jahres erklärt – ich darf zitieren –:

(Gisela Walsken [SPD]: Wenn Sie schon die „taz“ zitieren müssen!)

„Was Linssen macht, ist absolut vernünftig. Einnahmen, die auf den Prognosen der Steuerschätzung beruhen, sollten die Länderfinanzminister nicht einplanen. Die Erfahrung der letzten 30 Jahre zeigt, dass bis zu ein Drittel der strukturellen Defizite in den Länderhaushalten auf den falschen Traumbzahlen der Steuerschätzer beruhen.“

Insofern ist es völlig richtig, Frau Walsken, dass die Zahlen der Steuerschätzer vorsichtig zu handhaben sind.

(Gisela Walsken [SPD]: Der Finanzminister hat ja gerade bestätigt, wie vorsichtig ich war!)

Der Bundesrechnungshof äußert sich ebenso. Mit Datum vom 14. November sagt er, dass Abschlüsse in der Planung vorzunehmen sind, wenn bestimmte Parameter nicht eintreten.

Im Übrigen, Frau Walsken, Sie wie auch einige ihrer Kollegen haben sich im Frühjahr als interessante Prognosegeber betätigt. Ich habe mir das noch einmal herausgesucht. Sie haben zum Beispiel in der Plenardebatte am 15. Februar gefragt – Zitat –:

„Wo ist denn die Konsolidierung? Wo ist denn die Rückführung der Neuverschuldung ...?“

Frau Löhrmann hat prognostiziert:

„Sie werden keines Ihrer versprochenen Konsolidierungsziele annähernd erreichen.“

Der neben ihr sitzende Herr Sagel hat gesagt:

„Ich habe auch große Bedenken und bin sehr gespannt, ob die Zahlen zu Steuerschätzung und Wirtschaftswachstum tatsächlich halten werden. Vom Finanzminister ist ja groß angekündigt worden: Meine Zahlen stimmen. – Ich bin sehr gespannt, ob die Schätzung von 1,8 % Wirtschaftswachstum tatsächlich zum Tragen kommt. Ich bin auch sehr gespannt, ob die Steuereinnahmen so sprudeln, wie Sie das eingeplant haben. Ich habe daran große Zweifel. Aber wir werden es ja sehen.“

Herr Sagel, Sie sehen, alles ist besser gekommen als erwartet. Sie sind sich innerhalb der Oppositi-

on nicht einmal einig, mit welchen Argumenten Sie uns angreifen wollen.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Sie haben keine Ahnung; Sie tappen doch im Nebel!)

Meine Damen und Herren, wir halten Wort: Alle zusätzlichen Einnahmen werden für die Verringerung der Neuverschuldung verwendet. Für unsere Entschlossenheit bekommen wir inzwischen auch überall Unterstützung. Der Bundesrechnungshof unterstützt diesen Weg; Kollege Klein hat das vorhin zitiert. Auch an der Stelle werden die großen Unterschiede zwischen Regierung und Opposition deutlich: Wir konsolidieren, Sie wollen das Geld sofort wieder ausgeben. Wir aber sagen: Damit sichern wir die Zukunft.

Konsolidierung, Realismus und Entschlossenheit kennzeichnen unsere Politik. Wir gewinnen Zukunft durch Schuldenabbau und nicht durch zusätzliche Ausgaben, Herr Sagel. Die Trendumkehr ist geschafft, und mit uns und mit diesem Finanzminister fängt jetzt die Zukunft an. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Dr. Petersen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Sagel.

Rüdiger Sagel¹⁾ (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Man muss sich schon sehr wundern, was man von den Koalitionsfraktionen zu hören bekommt. Ich würde Herrn Linssen nicht als vorsichtigen, sondern als irrenden Kaufmann bezeichnen.

(Zuruf von Dr. Jens Petersen [CDU])

– Herr Dr. Petersen, auch Sie sind doch nur ein Irrender.

(Lachen von CDU und FDP)

Sie haben sich wie im Übrigen auch die Steuerschätzer völlig geirrt, die sich um 2 Milliarden € – diesmal nach unten – verschätzt haben.

(Ralf Witzel [FDP]: Aber Sie haben es richtig gewusst!)

– Nein, ich wusste es nicht. Ich habe gesagt: Ich bin sehr skeptisch. – Zum Zeitpunkt der damaligen Steuerschätzung war nicht abzusehen, wie sich die Wirtschaft und die Steuern tatsächlich entwickeln würden. Das wusste niemand genau. Deswegen war ich sehr vorsichtig. Aus diesem Grunde haben die Grünen auch einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der unter Ihrer Neuverschul-

dung lag. Unser Haushaltsentwurf lag, wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe, um 100 Millionen € unter Ihrer Neuverschuldung. Wir haben anders umgeschichtet, wir haben andere Prioritäten gesetzt: sozialer, ökologischer und gerechter. Während Sie bei Kindern gekürzt und bei der Landwirtschaftskammer draufgepackt haben, haben wir es genau umgekehrt gemacht: weg mit Landwirtschaftskammer und Bürokratismus, um dafür etwa Kindertagesstätten zu fördern. – Das waren unsere Vorschläge.

Frau Freimuth, Sie waren vorhin nicht bereit, mich zu Wort kommen zu lassen. Ich wollte Sie fragen: Sind Sie bereit, das, was Frau Staatssekretärin Marienfeld in der letzten Haushalts- und Finanzausschusssitzung gesagt hat, zur Kenntnis zu nehmen? Sie hat nach der Steuerschätzungsdebatte gesagt: Auch die Vorgängerregierungen hätten sich genau wie die jetzige Regierung und das jetzige Ministerium an dem orientiert, was die Steuerschätzer vorgelegt hätten. Und sie hat gesagt, das hätten sie seriös gemacht. Im Finanzministerium von Herrn Linssen sitzen dieselben Leute wie vor einigen Jahren: Herr Dr. Berg, Frau Marienfeld und andere. Sie orientieren sich genau wie der Finanzminister an den Steuerschätzungen.

Sie haben wirklich großes Glück gehabt: Diesmal ist es nach oben gegangen. Ich weiß nicht, was Herr Dr. Petersen, der Schlaupkopf, hier erzählt hätte, wenn es nach unten gegangen wäre. Er wusste es nämlich nicht; er hat völlig danebengelegt. Deswegen: Erzählen Sie hier nicht einen solchen Unsinn! Das Finanzministerium verlässt sich wie jede Vorgängerregierung auf die Zahlen der Steuerschätzer. Leider haben wir 2001 und 2002 drastische Steuereinbrüche gehabt. Auch das haben Sie damals nicht abgesehen, auch da haben Sie völlig danebengelegt. Das ist doch die Realität.

Ein Letztes – danach will ich aufhören, denn ich glaube, wenn ich mich hier umgucke, ein wirklich großes Interesse findet diese Debatte nicht! Herr Linssen, an einer Stelle sind wir uns einig – dabei bleibe ich auch –: Die Grünen werden an Ihrer Seite stehen, wenn es um die Senkung der Nettoverschuldung geht. Das ist auch für uns ein entscheidender Punkt. Es geht uns aber auch um eine soziale und ökologische Politik – das ist der andere entscheidende Punkt. Das wollen wir Hand in Hand.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wir finden also richtig, dass Steuerermehreinnahmen zur Senkung der Nettoneuverschuldung ein-

gesetzt werden und werden das weiterhin mittragen. Die politischen Schwerpunkte, die Sie in Ihrem Haushalt setzen, finden wir aber nicht richtig. Er bleibt unsozial und ist weiterhin unökologisch.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Sagel. – Für die FDP spricht nun Frau Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Noch zwei kurze Anmerkungen:

Zum einen, lieber Herr Kollege Sagel, bin ich Ihnen dankbar für die letzte Feststellung, dass Sie diesen Konsolidierungskurs der Koalitionsfraktionen mit der Absenkung der Nettokreditaufnahme und nach Möglichkeit – ich glaube, auch da sind die Regierungsfaktionen mit Ihnen und Ihrer Fraktion einer Meinung – der Vermeidung von Schuldenaufnahme mittragen, sodass wir diesen Weg gemeinsam gehen können. – Über die Schwerpunktsetzung müssen wir in diesem Parlament in der Tat diskutieren. Da wird es vielleicht ein bisschen schwieriger, Gemeinsamkeiten zwischen uns zu finden.

Zum anderen will ich noch auf die andere Anmerkung eingehen, die Sie gerade zu den Äußerungen der Staatssekretärin Marienfeld in der letzten Haushalts- und Finanzausschusssitzung gemacht haben, auch weil wir in den vergangenen Wochen und Monaten immer wieder darüber gestritten haben, die Steuerschätzungen bewegten sich in einem Prognoserahmen. Die entscheidende Frage, die wir in der Tat unterschiedlich beantwortet haben, ist, ob man sich eher an den vorsichtigen, zurückhaltenden Prognosedaten orientiert oder an den positiven. Bei einer Schwankungsbreite kann man sich entweder an den oberen oder den unteren Werten orientieren. Die Landesregierung hat die Entscheidung mit Unterstützung der Fraktionen von CDU und FDP anders als ihre Vorgänger getroffen. Das ist aus meiner Sicht auch der richtigere Weg, Einnahmen eher zurückhaltend zu schätzen. Mit etwas Sachlichkeit können wir das auch differenziert diskutieren.

Lassen Sie mich noch etwas zu den Gegenfinanzierungsvorschlägen der Grünen sagen. Wir haben schon häufiger über den subventionierten Steinkohlebergbau diskutiert. Ich sage noch einmal ganz klar: Mir ist es seit vielen Jahren ein Dorn im Auge, dass wir erhebliche Mittel aus dem Landeshaushalt für die Subvention des Steinkohlebergbaus ausgeben. Diese Gelder könnten wir viel besser in die Absenkung der Schulden oder in

Bildung und Ausbildung unserer Kinder investieren. Ich muss mir an dieser Stelle aber schon den vorsichtigen Hinweis gestatten dürfen, dass auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, und zwar sowohl hier im Landtag als auch im Deutschen Bundestag, ihr Plazet zu der Verlängerung der Subventionen bis zum Jahr 2009 gegeben hat.

(Beifall von der FDP)

Es war auch die von Ihnen unterstützte Landesregierung, die die Bewilligungsbescheide bis zum Jahr 2009 erlassen hat, die uns eben immer noch binden.

(Beifall von der FDP)

Das muss man der Lauterkeit halber bei aller Seriosität sagen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ich bin gespannt, ob Sie unserem Sperrvermerk zustimmen!)

Ich will noch eine Anmerkung machen, die mir der Kollege Körfges fast aufgedrängt hat. Herr Kollege Körfges, wir können uns wirklich stundenlang über die Prognose von Steuereinnahmen unterhalten. Das ist immer sehr ergiebig. Das haben wir in diesem Hause auch schon oft gemacht. Ich weiß nicht, wie viel Zeit zusammenkommt, wenn man einmal die Dauer der Debattenbeiträge addieren würde, die sich mit der Prognose der Steuereinnahmen auseinandersetzen. Ich will keiner Debatte ausweichen. Sie kennen die FDP und mich dafür lange genug. Ich glaube nur, dass wir unser Augenmerk stärker, als wir das bisher gemacht haben, auch auf die Ausgabeseite des Landeshaushalts konzentrieren müssen.

Neben von uns selbst zu verantwortenden Entscheidungen müssen wir uns auch über den nicht von uns zu verantwortenden Ausgabenanstieg im Land unterhalten. Wir haben regelmäßig notwendige Mehrausgaben, ohne dass wir als Haushaltsgesetzgeber Gestaltungsmöglichkeiten hätten, zum Beispiel die von mir genannten Zahlen zur Prozesskostenhilfe.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Wo sind denn die Initiativen aus NRW?)

Damit müssen wir uns stärker auseinandersetzen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Frau Müller-Piepenkötter hat im Augenblick weiß Gott andere Probleme! Aber wo sind deren Initiativen in dem Bereich?)

– Die Justizministerin Frau Müller-Piepenkötter und die Landesregierung haben dazu bereits eine Initiative gestartet, die – wenn ich richtig informiert

bin – Mitte Mai 2007 im Bundesrat auf der Tagesordnung stehen soll.

Man muss nicht immer künstlich streiten. Ich möchte, dass wir als Parlament unsere Landesregierung an solchen Punkten auch einmal gemeinsam unterstützen. Ihre Partei, Herr Körfges, trägt auch in Berlin Verantwortung. Eine Ihrer Kolleginnen und Parteifreundinnen ist Bundesjustizministerin. Ich appelliere an dieser Stelle an Sie: Wenn Sie meine Einschätzung zur Prozesskostenhilfe teilen, dann lassen Sie uns diesen Weg miteinander beschreiten. Denn wir wollen gemeinsam für die Bürgerinnen und Bürger arbeiten. Dieses Ziel dürfen wir bei allem Streit über Prioritäten und Prognosen nicht aus den Augen verlieren. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Freimuth. – Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? – Frau Walsken. Bitte.

Gisela Walsken (SPD): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann mir zwei oder drei Bemerkungen nicht verkneifen.

Herr Finanzminister, ich möchte nicht, dass hier der Eindruck bestehen bleibt, wir wollten nicht sparen, sondern das Geld mit beiden Händen hinauswerfen. – Darum geht es nicht. Es geht darum, klarzumachen, was für eine Politik Sie machen. Sie haben, ohne dass Sie etwas dafür können, deutliche Steuermehreinnahmen in diesem Land – im Oktober 2 Milliarden €. Sie aber versuchen, den Menschen klarzumachen, Sie müssten an vielen Ecken Sozialprojekte und Netzwerke zerstören, weil das Land zu viele Schulden habe. Sie streichen 238.000 € für die Straffälligenhilfe und geben der Landwirtschaftskammer über 20 Millionen € mehr. Darum geht es! Es geht darum, klarzumachen, dass Sie eine Politik des sozialen Kahlschlags betreiben, was Sie mit der schlechten Einnahmenseite des Landes begründen. Darum geht es nicht. Das ist mir wichtig klarzumachen.

Als die Steuerquellen noch nicht so sprudelten, war es das Konzept der Regierung, dass Steuermehreinnahmen in den Abbau der Verschuldung gehören. Das ist überhaupt keine Frage. Unser Kritikpunkt ist, dass Sie mit dem vordergründigen Argument, Sie hätten eine ganz problematische Einnahmesituation, Umschichtungen im Haushalt vornehmen und deshalb die Einnahmen dauernd herunterrechnen.

(Beifall von der SPD)

Das lassen wir Ihnen an dieser Stelle nicht durchgehen. Es ist mir wichtig, dass an dieser Stelle noch einmal klarzustellen. Sie setzen systematisch die Einnahmenseite herunter, damit dieses Parlament, damit auch die Kollegen von CDU und FDP keine Spielräume haben, etwas zu verändern. Oder Sie wollen es gar nicht. Das ist der Politikwechsel, der hier stattfindet – zulasten der Schwachen und derjenigen in diesem Land, die kein Geld haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Walsken. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte eine Reflexion zu dem geben, was Rüdiger Sagel zu den Politikschwerpunkten vorgetragen hat.

Wir können in der Sache trefflich streiten. Jede Fraktion gibt sich logischerweise dadurch Profil, wo sie im Haushalt die Schwerpunkte setzt.

Ich möchte Sie bitten, auch in der Gesamtbewertung fair zu sein und keinen falschen Eindruck zu hinterlassen. Sie haben sich selektiv einzelne Bereiche des Jugendsektors herausgesucht,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Für Selektion sind doch sonst Sie zuständig!)

die Sie eingangs vorgetragen haben. Das halte ich ausdrücklich nicht für zutreffend.

Wenn Sie die Entwicklung der Haushalte seit unserer Verantwortungsübernahme sehen, so kommen wir in der Gesamtsumme auf etwa eine Viertelmilliarde Euro Ausgaben mehr, die im buchhalterischen Sinne keine Investitionen sind, aber politische Zukunftsinvestitionen mit anderen Akzentsetzungen für die Bereiche Kinder, Jugend, junge Menschen und Bildung sind.

Nach dem Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen haben wir nämlich den Vergleich mit anderen Bundesländern angestellt – wir beteiligen uns gern am Wettbewerb des Föderalismus und stellen uns dem Kräftespiel mit anderen Ländern – und geschaut, wo wir eine bessere Ausstattung als andere Länder haben und wo wir zurückliegen. Der Bereich, bei dem wir am offenkundigsten eine Aufholstrategie fahren müssen, ist nun einmal der Bildungsbereich, in dem wir bundesweit die schlechtesten Ergebnisse hatten. Deshalb hal-

ten wir die Akzentsetzung für richtig, hier massiv auszubauen.

Als Koalition der Erneuerung haben wir für die Legislaturperiode 6.400 zusätzliche Lehrerstellen verabredet: 4.000 für die Versorgung an Schulen ganz unmittelbar,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Koalition der Ernüchterung!)

2.400 Stellenäquivalente für den Ganztagsbereich. Da werden wir wahrscheinlich schon mit der Haushaltsverabschiedung für das nächste Jahr 2007 so weit sein, dass wir den absoluten Löwenanteil dieser Zusage realisieren. Das geschieht also aus taktischen Gründen nicht erst auf der Zielgraden mit Blick auf zukünftige Termine.

Wir haben massiv den Ganztagsbereich ausgebaut und zusätzliche Förderressourcen bereitgestellt. Das gehört für mich zu einer soliden und seriösen Bewertung des Haushalts und der Politikschwerpunkte insgesamt dazu.

Herr Sagel, da Sie wissen, dass der letzte Haushalt insgesamt zu einem Absenken des Volumens geführt hat, ist diese Bemerkung umso markanter und prägnanter. Angesichts des aufgrund der notwendigen Konsolidierung reduzierten Gesamthaushaltsvolumens – nicht, weil es so viel Freude bereitet – werden natürlich auch Einschnitte vorgenommen, die man im Dialog mit bestimmten Zielgruppen argumentativ vertreten muss. Dass trotz des sinkenden Haushaltsvolumens rund eine Viertelmilliarde Euro seit dem Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen für bessere Bildung der Kinder und der Jugend zur Verfügung gestellt werden,

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Ich weiß nicht, wie Sie rechnen!)

halte ich für eine großartige Aussage. Dieser Trend setzt sich auch bei den Haushaltsberatungen, die wir in den nächsten Wochen für den Haushalt 2007 führen, fort.

Bei all den Dingen, über die wir trefflich streiten können – wir wollen an bestimmte Ökospielwiesen heran, die Sie verteidigen –, haben wir uns, was Bildung, Jugend und Kinder und Chancen für die nachwachsende junge Generation angeht, wahrlich nichts vorzuwerfen.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Sagen Sie einmal etwas zur Landwirtschaftskammer!)

Es ist bundesweit vorbildlich, was wir hier in Nordrhein-Westfalen machen. In keinem anderen

deutschen Bundesland werden diese Schwerpunkte so gesetzt. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Witzel. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 14/2840** an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Wer diesem Überweisungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

5 Halbjahresbericht des Petitionsausschusses

Gemäß § 94 unserer Geschäftsordnung soll der Petitionsausschuss mindestens jährlich dem Landtag mündlich berichten. Entsprechend der bisher geübten Praxis erteile ich der stellvertretenden Vorsitzenden, Frau Beer, das Wort. Bitte schön.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren, die heute zu Gast sind!

Über den Petitionsausschuss sind die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar mit dem Landtag in Kontakt, und andererseits ist der Landtag mit der Lebenswirklichkeit und der Auswirkung von gesetzlichem Handeln mit den Bürgerinnen und Bürgern konfrontiert. Deswegen ist es so wichtig, dass wir auch regelmäßig über das Bericht erstatten, was die Abgeordneten aus dem Petitionsbereich erleben und was sie aufgrund des Kontaktes mit den Bürgerinnen und Bürgern in dieses Haus zurückgeben wollen.

Ich berichte Ihnen heute über die Arbeit des Ausschusses im ersten Halbjahr 2006. Der Bericht geht Ihnen selbstverständlich auch über die Fraktionen zu und wird auf den Internetseiten des Landtages und des Petitionsausschusses veröffentlicht.

Im Berichtszeitraum sind insgesamt 2.144 Eingaben eingegangen. Das bedeutet gegenüber dem zweiten Halbjahr 2005 eine leichte Steigerung um 8,4 %. Abschließend bearbeitet wurden in den ersten sechs Monaten des Jahres 1.816 Petitionen, 243 Vorgänge sind im Verfahren nach Artikel 41 a der Landesverfassung bearbeitet worden.